

**Pressekonferenz zur Vorstellung der Studie  
„Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten –  
Notwendigkeit und Merkmale einer Ausstiegsstrategie“**

Berlin, 29. Juli 2010

**Statement von Hubertus Pellengahr**

Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
herzlich willkommen zur Pressekonferenz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Bald sind zwei Jahre vergangen, seit dem die US-amerikanische Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz beantragen musste – der Höhepunkt der Finanzkrise 2008/2009.

Auch in Deutschland sind in dieser Zeit viele Bankinstitute in Liquiditätsprobleme geraten und mussten unter dem Rettungsschirm des Staates Schutz finden. In diesem Zusammenhang sind der Staat, also Bund und Länder, in bisher unbekannter Breite und Tiefe in den Bankensektor selbst eingestiegen – alles mit dem Ziel, die Funktionsfähigkeit des Bankenmarktes für Unternehmen und Bürger zu erhalten.

Zwei Jahre nach dem Fall Lehman sind die wichtigsten Konsequenzen aber noch nicht gezogen worden:

- Erstens steht noch immer die Umsetzung höherer Eigenkapitalvorschriften für die Banken aus. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft ist es unerlässlich, das Haftungsprinzip zu stärken und höhere Eigenkapitalquoten vorzuschreiben. Denn nur so ist ein nachhaltiges Wirtschaften möglich, nur so werden Entscheidungen zu Lasten Dritter eingedämmt. Eigenverantwortung und Haftung müssen in der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur für kleine Unternehmen gelten, sondern auch für große Konzerne und Banken.

- Deshalb ist es zweitens wichtig, ein Insolvenzrecht für Banken zu installieren. Das ist die Voraussetzung, um Finanzkrisen dieses Ausmaßes und einen systemischen Zusammenbruch des Interbankenmarktes in der Zukunft zu verhindern. Auch hier geht es darum, dass Banken, ihre Eigentümer und Gläubiger für Fehlentscheidungen in Haftung genommen werden und nicht in erster Linie Staat und Steuerzahler das Risiko tragen müssen.
- Drittens halten wir es für wichtig, dass Bund und Länder frühzeitig eine Exitstrategie entwickeln und so schnellstmöglich aus ihren Beteiligungen bei Banken aussteigen. Empirische Studien zeigen: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer – und schon lange nicht der bessere Banker. Die Profitabilität von Banken in Staatsbesitz ist nicht besser, sondern signifikant schlechter als bei Privatbanken. Die Geschäftsmodelle von Landesbanken sind diffus bis unbrauchbar, die Kontrolle durch die Politik nicht effektiv. Das Engagement des Staates im Bankenwesen ist unmittelbar mit einem hohen Risiko für alle Steuerzahler verbunden. Das haben die Krisen der Landesbanken und ihre Folgeschäden jetzt eindrucksvoll bewiesen.

Wenn wir einen leistungsfähigen Bankenmarkt erhalten wollen, der auch in Zukunft seine Funktionen erfüllt, Unternehmen und Verbraucher mit Geld und Krediten zu versorgen, gehört eine Exitstrategie unbedingt auf die Agenda.

Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts dimap im Auftrag der INSM macht übrigens auch deutlich, dass die Politik für einen Ausstieg des Staates aus den Banken mit Unterstützung der Bürger rechnen kann. Die Umfrageergebnisse von Anfang dieser Woche zeigen auf:

- 49 Prozent der 1.000 befragten wahlberechtigten Bürger sind der Meinung, der Staat solle seine Beteiligungen, die er während der Finanzkrise eingegangen ist, wieder an private Anleger zurückgeben. 36 Prozent meinen, der Staat solle langfristig Eigentümer der Banken bleiben.
- Laut dieser Umfrage trauen die Bürger dem Staat nicht zu, Banken profitabel zu führen. Nur 26 Prozent der Befragten vertreten die Auffassung, staatliche Banken werden besser geführt als Privatbanken. 48 Prozent hingegen meinen, der Staat sei nicht der bessere Unternehmer.

Die Finanzkrise hat uns sehr viel Geld gekostet. Viele Anleger haben Geld verloren, die Volkswirtschaft musste einen historischen Konjunkturreinbruch von fünf Prozent verkraften. Der Staat hat mit einer Vielzahl von Maßnahmen gegen diesen Konjunkturreinbruch angekämpft und dazu etwa 100 Milliarden Euro für Konjunkturpakete ausgegeben. Ergebnis: Konjunktur stabilisiert, Massenarbeitslosigkeit verhindert.

Dies alles aber zum Preis einer Rekordverschuldung bei Bund, Ländern und Gemeinden. Die Staatsverschuldung wird Ende dieses Jahres auf rund 1,7 Billionen Euro anwachsen. Wer arbeitet, zahlt jedes Jahr im Schnitt 1.600 Euro seiner Steuern nur für die Zinsen. Es sind also nicht erst unsere Kinder, die für die Staatsschulden aufkommen werden, sondern alle, die jetzt auf einen Teil ihres Einkommens verzichten müssen.

Die INSM ist angesichts dieser Ergebnisse der Meinung: Die Politik muss das Haftungsrisiko der Steuerzahler minimieren und sich als Eigentümer aus dem Bankensektor konsequent zurückziehen. Der Staat soll sich auf das Setzen von klugen Rahmenbedingungen und eine effektive Kontrolle konzentrieren.

Wie hoch die direkten fiskalischen Kosten sein werden, die zur Rettung der Banken von der Allgemeinheit zu tragen sind, hat der Finanzmarktexperte Prof. Dr. Christoph Kaserer im Rahmen einer Studie prognostiziert.

Prof. Dr. Christoph Kaserer ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzmanagement und Kapitalmärkte an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Technische Universität München. Seine Studie heißt „Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten – Notwendigkeit und Merkmale einer Ausstiegsstrategie“. Sie beschreibt, warum, wann und wie der Staat aus Beteiligungen wieder aussteigen soll. Wie sollte die Bundesregierung ihre Exitstrategie für den Bankensektor konzipieren?